



Barthle-Brief

Nr. 21

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

8.10.2010

Thema der Woche:

Zukunftsfähigkeit Deutschlands sichern – „Stuttgart 21“ umsetzen Aktuelle Stunde zum Infrastrukturprojekt im Deutschen Bundestag

Anlässlich der Ereignisse des 30. September bei der Demonstration gegen die Fällung von Bäumen um den Stuttgarter Bahnhof wurde in dieser Woche eine Aktuelle Stunde zum Projekt „Stuttgart 21“ auf die Tagesordnung des Deutschen Bundestages gesetzt. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke forderten bei der an diesem Mittwoch geführten Debatte einen Baustopp für und eine Volksabstimmung über das Infrastrukturprojekt. Vertreter von CDU – unionsseitig sprachen ausschließlich baden-württembergische Abgeordnete – und FDP stellten sich dagegen demonstrativ hinter den geplanten Umbau des Stuttgarter Bahnhofs. Hintergrund: Deutschland verdankt seine Wettbewerbsfähigkeit und seinen Wohlstand maßgeblich seiner hervorragenden Infrastruktur. Diese Infrastruktur muss erhalten und ausgebaut werden.

Zu den Infrastrukturprojekten von nationaler Bedeutung gehört auch das Projekt „Stuttgart 21“, mit dem in der baden-württembergischen Landeshauptstadt ein unterirdischer Durchgangsbahnhof entstehen und – unter Einbeziehung des Stuttgarter Flughafens – an eine neue ICE Strecke zwischen Wendlingen und Ulm angeschlossen werden soll. Mit der Umsetzung dieses Projekts wird eine bedeutende Lücke in der wichtigen europäischen Eisenbahnachse Paris-Stuttgart-Wien geschlossen. Zugleich erhält die Landeshauptstadt eine große städtebauliche Chance. Beim Bau des heutigen Bahnhofs wurde Stuttgart in seiner Mitte zerteilt. Mit „Stuttgart 21“ kann dies nun rückgängig gemacht werden: Die Stadt erhält zusätzliche Entwicklungsräume und durch eine beträchtliche Erweiterung des Schlossgartens und des Rosensteinparks eine neue „grüne Lunge“.

„Stuttgart 21“ ist über zehn Jahre hinweg intensiv erörtert worden: 60 Varianten wurden in diesem Zeitraum geprüft und als unzweckmäßig verworfen, bis die heute gültige Fassung fest-

stand. Für die von den Gegnern des Projekts eilig vorgeschlagene „Alternative“ gibt es hingegen keine Planung und keine Finanzierung. Der dringend notwendige Ausbau der Infrastruktur im Raum Stuttgart würde auf unbestimmte Zeit aufgeschoben; Baden-Württemberg, das dank seiner starken Wirtschaft und Bildung einer der Wachstumsmotoren unseres Landes ist, würde vom Verkehr abgehängt. Seitdem im Jahre 1995 der Grundsatzbeschluss zu „Stuttgart 21“ getroffen worden ist, stand das Vorhaben viele Male auf der Tagesordnung der betroffenen Parlamente. Die Einwendungen der Bürger wurden in zahlreichen Anhörungen und Beteiligungsverfahren behandelt, Gerichte haben letztinstanzliche Urteile gefällt. Auch die baden-württembergischen Sozialdemokraten haben dem Projekt im Stuttgarter Landtag viele Male zugestimmt. Heute wollen sie von ihren Beschlüssen nichts mehr wissen. Widersprüche prägen auch die Haltung der Grünen zur Modernisierung unseres Landes: Sie sind gegen das Auto und mit „Stuttgart 21“ zugleich gegen ein Bahnprojekt, durch das sich pro Jahr eine Milliarde Pkw-Kilometer und 175.000 Tonnen CO₂ einsparen lassen. Der Innenpolitiker Clemens Binninger stellte vor dem Hintergrund des längst abgeschlossenen Planfeststellungsverfahrens die Frage, wie zuverlässig Beschlüsse von Parlamenten zu-künftig noch für Investoren und Unternehmer seien, wenn sie ständig wieder infrage gestellt würden.

In der Debatte wurde deutlich: CDU und CSU sind die Volksparteien mit einer Verantwortung für das Ganze. Sie machen Politik mit Blick auf die Zukunftschancen des gesamten Landes und wollen nicht, dass diese durch den Druck der Wenigen verloren gehen, die ihre abweichende Meinung dann als Protest auf die Straße tragen, wenn diese in den Parlamenten niemanden zu überzeugen vermochte. Die Union steht deshalb geschlossen hinter dem Projekt „Stuttgart 21“.

Union fordert: Todesstrafe weltweit ächten

Die Todesstrafe ist eine grausame und unmenschliche Strafe, die gegen das Recht auf Leben und die Menschenwürde verstößt. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Todesstrafe weltweit ächten und abschaffen“ fordern wir die Bundesregierung auf, die Initiativen für die weltweite Ächtung der Todesstrafe voranzutreiben und sich in allen damit befassten Gremien sowie in bilateralen Gesprächen weiterhin dafür einzusetzen, dass die Todesstrafe abgeschafft wird.

Integrationspolitik der Bundesregierung

In dieser Woche stellte die Bundesregierung ihren achten „Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland“ vor. Der Bericht widmet sich neben den in Deutschland lebenden Ausländern auch der Lage der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund insgesamt. Die Differenzierung zwischen Einwohnern ohne deutschen Pass und deutschen Staatsbürgern würde die soziale Realität in Deutschland nicht mehr richtig widerspiegeln. Von den 15,6 Millionen Einwohnern mit Migrationshintergrund sind 8,3 Millionen Deutsche. Inzwischen haben 34,4 Prozent der Kinder unter fünf Jahren einen Migrationshintergrund. Vielfalt in unserer Gesellschaft ist Realität. Der Großteil der Zugewanderten und ihrer Kinder hat sich in unsere Gesellschaft integriert. Dort, wo das nicht der Fall ist, wurden unter der unionsgeführten Bundesregierung vielfältige Integrationsmaßnahmen von Bund, Ländern, Kommunen und Privaten in Angriff genommen, die insbesondere darauf abzielen, jungen Migranten faire Startchancen zu geben und ihren Aufstieg zu ermöglichen. Staatlicherseits werden die Anstrengungen nicht nachlassen, die Integration insbesondere über die Schule und über den Arbeitsmarkt voranzutreiben.

Klar ist aber auch, dass die Zugewanderten für ihre Integration und die Integration ihrer Kinder auch selbst Verantwortung tragen müssen. Ihre Bereitschaft und ihr Engagement ist Voraussetzung dafür, dass staatliche Hilfestellung erfolgreich sein kann. Hierzu gehört selbstverständlich auch, für den regelmäßigen Schulbesuch der Kinder zu sorgen. Das gilt für alle, die in unserem Land leben. Regeln und Pflichten

müssen konsequenter durchgesetzt werden. Der Bundespräsident hat in seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit verdeutlicht, dass es nicht entscheidend ist, woher einer kommt, sondern wohin einer will. Den Aufstieg jedes Einzelnen in unserer Gesellschaft – gleich welcher Herkunft – wollen wir ermöglichen und fördern. Fördern und Fordern gehören in der Integrationspolitik zusammen.

Benachteiligungen bei Opferrenten beseitigt

Mit dem in dieser Woche in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten Gesetz zur Änderung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes werden Unklarheiten bei der SED-Opferentschädigung beseitigt und punktuelle Verbesserungen vorgenommen. So wird etwa durch Änderungen bei der Feststellung der Bedürftigkeit die Benachteiligung von Anspruchsberechtigten mit Kindern für die Opferrente für politisch Verfolgte in der SBZ/DDR beseitigt.

Kulturtourismus in Deutschland fördern

Ziel des Antrages der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Kulturtourismus in Deutschland“ ist es, das reichhaltige kulturelle Angebot in Deutschland besser für den Kulturtourismus nutzbar zu machen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Kultur- und der Tourismusbranche beizutragen und mangelndes gegenseitiges Verständnis abzubauen zu helfen. Vorgeschlagen werden unter anderem ein gemeinsames Kulturtourismuskonzept, die Auslobung eines Wettbewerbs „Kulturregion Deutschland“ und die Schaffung einer Plattform für kulturtouristisches Marketing.

Zitat

„Wir setzen auf die Kraft des Arguments. Lassen Sie uns alle mithelfen – ich spreche all diejenigen an, die gute Argumente nicht zu fürchten brauchen –, dass es zu einem Dialog kommt.“

(Der Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg und Vorsitzenden der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg, Thomas Strobl, in der Aktuellen Stunde zum Projekt Stuttgart 21 an diesem Mittwoch im Deutschen Bundestag)